

**Festvortrag zur Sondersitzung des Rates der Stadt Bergkamen am
9. November 2009 anlässlich des Jubiläums „20 Jahre Mauerfall“**

Martin Litzinger

„Der Weg zur Deutschen Einheit“ – Rückblick und Ausblick

Verehrte Gäste aus Hettstedt,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Schäfer,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Bergkamen,
verehrte Gäste der heutigen Sondersitzung des Rates,

wenn Sie mir heute anlässlich des Jubiläumstages „20 Jahre Mauerfall“ die Gelegenheit geben, hier vor Ihnen zu dem Thema „Der Weg zur Deutschen Einheit“ zu referieren, so ist dies eine hohe Ehre für mich, für die ich Ihnen zuvörderst schon an dieser Stelle meinen Dank sagen möchte.

Nur neun unsicher gesetzte Worte sind es, die am frühen Abend des 9. November 1989 um 18.53 Uhr einen bis dahin kaum vorstellbaren Wendepunkt in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts markieren.

Günter Schabowski, ranghohes Mitglied des SED-Politbüros der DDR und Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, gibt in Ost-Berlin während einer Pressekonferenz, die vom Fernsehen der DDR live übertragen wird, vor Journalisten aus aller Welt bekannt, dass eine neue Reiseverordnung den DDR-Bürgern zukünftig ohne die bisher üblichen rigorosen und strengen Beschränkungen und Auflagen Reisen in den Westen ermöglichen soll. Auf die gezielte Nachfrage, eines Journalisten, ab wann diese neue Verordnung denn gelten solle, antwortet Schabowski nach kurzem Zögern augenscheinlich verunsichert und überrascht vor laufenden Kameras: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“

Das ist gerade nach den vorangegangenen Monaten und Wochen eine schier unvorstellbare Sensation, eine Meldung, die über die Nachrichtenagenturen jetzt sekundenschnell rund um die Welt geht.

In Bonn, wo um diese Zeit im provisorischen Plenarsaal im Bonner Wasserwerk noch eine Sitzung des Bundestages im Gange ist, will man die Meldung kaum glauben. Dann aber erheben sich alle Abgeordneten von

ihren Plätzen und stimmen spontan gemeinsam die deutsche Nationalhymne an. Danach wird die Sitzung beendet, führende Politiker machen sich unverzüglich auf den Weg nach Berlin.

Um 19.30 Uhr verbreitet die TV-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ die Sensationsmeldung in der ganzen DDR, in der Bundesrepublik eröffnet die „Tagesschau“ im ersten Fernsehprogramm um 20.00 Uhr ihre Berichterstattung mit dem Titel: „Die DDR öffnet die Grenze.“

Allenthalben ist man zunächst beinahe sprachlos vor Erstaunen. Kann das denn wirklich wahr sein? Es wäre einfach nicht zu fassen ...!

Und dann sammeln sich in Berlin hüben und drüben zu beiden Seiten der Mauer an den Grenzübergängen Menschen, die sich persönlich vom Wahrheitsgehalt dieser unfassbaren Neuigkeit überzeugen und die neue Freiheit gleichsam ausprobieren wollen.

Im Osten der Stadt sind Volkspolizei und Grenzsoldaten ratlos, sie sind über diesen Schritt ihrer Regierung nicht informiert, wissen nicht, ob und wie sie nun handeln sollen. Bald aber stehen Tausende von Menschen vor den Grenzabsperungen und fordern immer ungeduldiger die sofortige Öffnung der Übergänge.

Noch könnte die ganze Situation kippen, noch könnte ein nervöser Befehl, eine falsch verstandene Geste oder gar ein unbedachter Warnschuss eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes auslösen. Aber glücklicherweise verliert kein einziger Offizier und kein einziger Soldat der Grenztruppen an den Kontrollpunkten an diesem schicksalhaften Abend die Nerven.

Um 22.30 Uhr entschließt sich der diensthabende Offizier am Übergang Bornholmer Straße im Zentrum Berlins auf eigene Verantwortung, Personenkontrollen einzustellen und den Grenzübergang zu öffnen und freizugeben, die Kommandanten an den anderen Übergängen folgen seinem Beispiel.

Um kurz nach 24.00 Uhr sind dann alle Grenzübergänge in und um Berlin geöffnet, und im Laufe der Nacht werden viel weiter westlich von Berlin auch an vielen weiteren Übergängen entlang der innerdeutschen Grenze zwischen der Ostseeküste und der tschechoslowakischen Grenze Schlagbäume und Sperrvorrichtungen beiseitegeräumt, damit die Menschen ungehindert in Richtung Westen passieren können.

In Berlin wird diese historische Nacht zum Tag, kaum jemand denkt in diesen Stunden an Schlaf. Eine wahre Flut von Menschen strömt vom Osten in den Westteil der Stadt, auf den hell erleuchteten Straßen herrscht ein unvorstellbarer Trubel, Trabis – die kleinen Personenkraftwagen der DDR-Marke „Trabant“ - rollen hupend über den Kurfürstendamm. Hundertausendfach spielen sich bewegende Szenen ab. Wildfremde Menschen liegen sich in den Armen, sie jubeln, schreien, singen, sie weinen oder lachen vor Glück, sie feiern miteinander und schwenken schwarz-rot-goldene Fahnen, irgendwie ahnen sie wohl alle, dass dies historische Stunden sind und dass sie Zeugen eines bedeutenden historischen Ereignisses werden.

Auch wenn die Berliner Mauer jetzt und auch in der näheren Zukunft noch steht, so fällt sie doch schon in dieser Nacht, und mit ihr fällt zugleich die gesamte innerdeutsche Grenze, die die Nation über Jahrzehnte hinweg geteilt hat.

Mit großer Symbolhaftigkeit wird das dann wirklich augenscheinlich erkennbar, als nur wenige Wochen später unmittelbar vor Weihnachten 1989 die schweren Mauerelemente vor dem Brandenburger Tor entfernt werden und der Durchgang durch dieses Tor ebenfalls wieder freigegeben wird.

Der Weg in die Deutsche Einheit wird in diesen denkwürdigen Tagen und Wochen im November und Dezember 1989 zwar aller Symbolik zum Trotz faktisch noch nicht zielgerichtet beschriftet, aber er wird zumindest doch in den Herzen der Menschen in Ost und West bereits gebahnt.

Und es bleibt bis heute die Erinnerung an eine Zeit, die geprägt war von hohen Emotionen, von größter Euphorie und vielen, vielen Hoffnungen.

Meine Damen und Herren! Die geschichtliche Dimension und Bedeutung des Mauerfalles und des später folgenden Weges in die Deutsche Einheit kann man nur dann wirklich ermessen und verstehen, wenn man dieses Ereignis im Zusammenhang sieht mit der weltpolitischen Lage jener Epoche, die uns heute schon so weit entfernt scheinen will.

Lassen Sie mich deshalb die damalige Lage der Dinge in zugegebenermaßen stark vereinfachter Form skizzieren.

Schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 zerbrach die frühere Allianz der Alliierten, der Siegermächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich. An ihre Stelle traten zwei gewaltige Machtblöcke.

In der westlichen Hemisphäre fanden sich unter der Führung der USA diejenigen Staaten zusammen, die sich demokratischen Traditionen und Prinzipien verpflichtet fühlten.

In der östlichen Hemisphäre dagegen vereinigten sich unter der Führung der Sowjetunion die Staaten, die sich zukünftig an den Leitlinien und Zielen des Kommunismus bzw. des Sozialismus orientieren wollten.

Auf die Weise entstand binnen nur weniger Jahre eine völlig neue politische Weltordnung, die fast die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte und gerade Deutschland einen höchst unvorteilhaften, ja sogar gefährlichen Sonderstatus verschaffte.

1949 bildeten sich nämlich auf deutschem Boden gleich zwei neue Staaten mit grundverschiedenen politischen und gesellschaftlichen Fundamenten.

Im Westen im Einfluss- und Schutzbereich der bisherigen West-Alliierten war dies die Bundesrepublik Deutschland, im Osten war es unter dem Schutz der bisherigen sowjetrussischen Besatzungsmacht die Deutsche Demokratische Republik.

Gegensätze zwischen diesen Staaten waren schon von Beginn an vorhanden, doch wuchsen sie latent weiter. 1956 erfolgte in der Bundesrepublik die Aufstellung der Bundeswehr und in der DDR die Aufstellung der „Nationalen Volksarmee“. Die Bundesrepublik wurde Mitglied der NATO, die DDR Mitglied des Warschauer Paktes.

Und auch die Wirtschaftssysteme der beiden Staaten hätten unterschiedlicher kaum sein können.

In der Bundesrepublik beschleunigte eine gemäßigte „soziale“ Marktwirtschaft nicht nur den Wiederaufbau nach dem Krieg, sie förderte auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und bescherte den Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern durch das legendäre „Wirtschaftswunder“ auf breiter Basis immer weiter zunehmenden Wohlstand.

In der DDR dagegen wirkten sich die rigorosen Verstaatlichungen in Industrie und Landwirtschaft und die Einführung staatlich gelenkter Planwirtschaft eher hemmend in allen Lebensbereichen aus.

Dass sich gerade hier schon sehr früh innerstaatliches Konfliktpotential aufbaute, zeigte sich im Juni 1953, als es in der DDR zunächst nur aus

wirtschaftlichen Gründen zu einem Volksaufstand kam, in dessen Verlauf die Menschen schließlich aber sogar freie Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands forderten.

Die Bilder von der rücksichtslosen und blutigen Niederschlagung dieses Aufstandes durch die Staatsführung, durch die Volkspolizei und sowjetische Truppen gingen um die Welt und stellten schon früh grundsätzlich Staatsform und Staatsgewalt in der DDR nachhaltig in Frage.

Die später weiterhin anhaltend schlechten Lebensbedingungen und Wirtschaftsverhältnisse bewogen dann gegen Ende der Fünfziger Jahre immer mehr Menschen, die DDR zu verlassen, sei es in einer kleinen Zahl von Fällen auf offiziell legalem Wege oder aber doch in der ganz überwiegenden Mehrzahl durch unbeobachteten oder unbemerkten „schwarzen“ Grenzüberschritt.

Es gehörte gewiss schon damals Mut dazu, aber immerhin war das zu jener Zeit noch möglich, denn die innerdeutsche Staatsgrenze, im Westen immer noch als „Zonengrenze“ bezeichnet, war trotz strenger Kontrolle und Bewachung immer noch bedingt durchlässig.

Der latente Bevölkerungsschwund und die Sorge um die weitere staatliche Existenz ihres Landes veranlasste die DDR-Führung im August 1961 zum Bau der Berliner Mauer, die von der Staatsführung offiziell zum „antifaschistischen Schutzwall“ gegen den Westen deklariert wurde. Es folgte der systematische Ausbau der innerdeutschen Grenze. „Republikflucht“ und Versuche dazu – schon seit 1957 verboten - wurden nunmehr in den Rang scharf geahndeter Straftatbestandbestände erhoben.

Wer es dennoch wagte, die Grenzanlagen ohne Genehmigung zu überwinden, der riskierte sein Leben, denn er musste fortan an der Grenze mit Schusswaffengebrauch durch die Grenzsoldaten rechnen und den Weg nach Westen über Stacheldraht und durch einen tückisch verminten Todesstreifen – über lange Zeit zusätzlich durch Selbstschussanlagen gesichert - suchen.

Noch rigoroser als bisher ohnehin schon griffen Staatsmacht, Partei und Staats Sicherheitsdienst in das Leben der Menschen ein. Man tat alles, um das Volk zu überwachen, „auf Linie“ zu bringen und darauf zu halten.

Kleine Freiräume fanden die meisten Menschen in aller Regel nur noch im engen familiären und privaten Bereich. So genannte „West-Kontakte“ waren zwar nicht gänzlich zu unterbinden, sie wurden aber auf ein abso-

lutes Minimum beschränkt und unterlagen ebenfalls strenger Überwachung.

Nach der Beilegung der hochbrisanten „Kuba-Krise“, die 1962 die USA und die Sowjetunion zunächst dicht an den Rand eines 3. Weltkrieges geführt hatte, fiel der vielzitierte „Eiserne Vorhang“ zwischen Ost und West endgültig und damit auch zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die Folgen, meine Damen und Herren, kennen Sie: Fast 30 Jahre größtes Misstrauen zwischen Ost und West, ein höchst bedrohlicher und brisanter „Kalter Krieg“, der jederzeit hätte „heiß“ werden können.

Dazu ein beispielloser Rüstungswettlauf zwischen den Großmächten UdSSR und USA – und im Herzen Europas - immer im Brennpunkt einer jederzeit möglichen kriegerischen Auseinandersetzung - die Bundesrepublik und die DDR.

Die Hoffnung, dass man diesen Konflikt auf friedlichem Wege lösen könnte und dass es einmal zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen könnte, rückte in diesen Jahrzehnten in weite Ferne, ja mitunter schien sie fast aussichtslos zu werden.

Und dann geschah etwas überaus Ungewöhnliches: Innerhalb weniger Jahre starben drei Staats- und Parteichefs der UdSSR, Leonid Breschnew (+ 1982), Jury Andropov (+ 1984) und Konstantin Tschernenko (+ 1985), drei Männer, die ihren Weg in die Politik noch unter Stalin gefunden hatten und die im Osten personifiziert für den andauernden „Kalten Krieg“ gestanden hatten.

Erst jetzt war es als ihr Nachfolger der sehr viel jüngere Michail Gorbatschow, der den Ausweg aus dem oben beschriebenen Teufelskreis fand und behutsam und mit Augenmaß den Ausstieg daraus ins Werk setzte. Gorbatschow, seit 1985 Chef der sowjetischen KPdSU und von 1988-1990 Staatsoberhaupt der UdSSR setzte innenpolitisch auf „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau) und außenpolitisch auf eine „Nulllösung“ bei der atomaren Rüstung.

Sein Beispiel weckte auch in anderen Staaten des Ostblocks Hoffnung. Polen und Ungarn machte im Frühsommer 1989 den Anfang, es gab erste vorsichtige Reformen, oppositionelle Personen oder Gruppen wurden nicht mehr verfolgt und drakonisch bestraft, sie wurden vielmehr legalisiert, und im Mai/Juni öffnete Ungarn seine Westgrenze zu Österreich.

Die DDR-Führung beobachtete Gorbatschows Wirken mit größter Skepsis. Man wusste ja schon lange und nur zu gut, dass es auch im eigenen Land immer ernstzunehmende oppositionelle Strömungen gegeben hatte, die man aber bisher noch weitgehend hatte unterdrücken können. Man wusste ja, warum man die Mauer errichtet und den allgegenwärtigen Staatssicherheitsdienst hatte. Also hieß die Parole: "Kurs halten wie bisher".

Aber Bürgerrechtler und Oppositionelle in der DDR legten trotz massiver Bedrohung und Verfolgung immer mehr Selbstbewusstsein und Zivilcourage an den Tag, und sie fanden mit ihrer Kritik und ihren Forderungen nach grundlegenden Reformen sowie nach Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit zunehmend Gehör bei immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Zwar gab es zunächst noch keine großen öffentlichen Demonstrationen, aber irgendetwas Neues schien in Gang zu kommen, es lag, wie man so sagt, „etwas in der Luft“ .

Noch setzten Staats- und Parteiführung der DDR auf ihren gefürchteten Staatssicherheitsdienst, auf Verfolgung, Verhaftung und Einschüchterungen. Dann begann im Sommer 1989 eine beispiellose Massenflucht aus der DDR. Zu Tausenden fanden unzufriedene DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger über Ungarn den direkten Weg nach Westen oder sie wandten sich mit der Bitte um Asyl an die bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Budapest oder Prag, von wo aus ihre Wege in überfüllten Sonderzügen in die Bundesrepublik führten.

Ganz besonderen persönlichen Mut aber bewiesen damals diejenigen Menschen, die in der DDR blieben und sich öffentlich zu ihren Forderungen nach demokratischen Reformen und Reisefreiheit bekannten und dafür aktiv eintraten.

Meine Damen und Herren, wir erinnern uns in diesem Zusammenhang nur beispielhaft an die seit Anfang September 1989 stattfindenden immer eindrucksvolleren friedlichen Montagsdemonstrationen in Leipzig, die sich Anfang Oktober auf Berlin, Dresden Jena, Potsdam und viele andere Orte und Städte ausbreiteten. Wir erinnern uns an den lauten Ruf der Mengen: „Wir sind das Volk“, an die Friedensgebete in Kirchen vielerorts und an die öffentlichen Mahnwachen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Veranstaltungen gingen ein persönlich sehr hohes Risiko ein, denn sie mussten ja damit rechnen, dass sich das blutige Drama vom Juni 1953 noch einmal wiederholen würde – ein Gedanke, der uns auch heute noch, zwanzig Jahre später,

nachträglich in der Erinnerung für einen Augenblick den Atem stocken lässt.

Aber es kam glücklicherweise anders. Es fielen keine Schüsse und es floss kein Blut. Der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow machte deutlich, dass sich die UdSSR nicht in innere Angelegenheiten der DDR einmischen würde.

Wenige Tage nach dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, der von Staatsführung, Partei und Volksarmee noch mit viel Gepränge festlich begangen worden war, legte das SED-Politbüro Staats- und Parteichef Erich Honecker – der Symbolfigur des alten Systems schlechthin – unmissverständlich den Rücktritt nah und berief seinen bisherigen treuen Gefolgsmann Egon Krenz in diese Funktionen.

Krenz versuchte noch einmal, dem Lauf der Dinge durch geschicktes Taktieren und Lavieren eine Wendung zu geben, doch es war längst zu spät. Der Niedergang der SED und der von ihr getragenen Staatsführung war nicht mehr aufzuhalten.

Drei Wochen später zeigte sich an den Reaktionen auf den Mauerfall am 9. November 1989, dass die DDR im Falle ihres weiteren Fortbestehens längerfristig zu einem Staat fast ohne Volk werden würde. Und wenig später erwies sich überdies, dass die DDR trotz eines früheren milliardenschweren Kredites aus dem Westen - Stichwort: Entfernung der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze - inzwischen auch wirtschaftlich und finanziell völlig am Ende war.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu der wichtigen Frage, ob die DDR sich damals wohl noch aus eigener Kraft aus dieser Lage hätte retten oder befreien können. Nach allem, was wir heute wissen, können wir diese Frage nur mit einem klaren „Nein“ beantworten.

Und so ist es jedenfalls aus der Rückschau auch kein Wunder, dass die ursprüngliche Zielsetzung der Menschen, die DDR durch Reformen auf einen wirklich freiheitlich-demokratischen Weg zu bringen, sich um die Jahreswende 1989/1990 wandelte und in eine viel weiter gehende Zielsetzung mündete, nämlich in die der deutschen Wiedervereinigung.

Die Erosion und der Zerfall des alten politischen Systems in der DDR setzte sich nach dem Fall der Mauer fort.

Die letzte Volkskammer und die letzte Regierung der DDR, beide zum ersten Male in der Geschichte der DDR tatsächlich demokratisch legiti-

miert und seit dem Frühjahr 1990 im Amt, hatten sich dann bereits ganz konkret mit der inzwischen ganz überwiegend angestrebten deutschen Wiedervereinigung zu befassen.

Bereits Mitte Mai 1990 unterzeichneten die BRD und die DDR einen Staatsvertrag über die Bildung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990.

Ebenfalls im Mai 1990 begannen die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den früheren alliierten Siegermächten des 2. Weltkriegs, USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion (2+ 4-Gespräche) über die genauen Bedingungen der Wiedervereinigung.

Nach der Unterzeichnung des sogenannten „Zwei plus Vier-Vertrages“ in Moskau und der Billigung des Einigungsvertrages durch die Volkskammer und den Bundestag war Ende September 1990 der Weg zur Schaffung der Deutschen Einheit frei. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR in Form ihrer neugebildeten Länder der Bundesrepublik Deutschland bzw. dem räumlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes bei.

Bundesweit gab es an diesem Tage Feierstunden und Dankgottesdienste, in einem zentralen Festakt vor dem Reichstagsgebäude in Berlin wurde die Bedeutung des Tages und des Ereignisses angemessen gewürdigt.

Meine Damen und Herren: Natürlich neigen wir dazu, den 3. Oktober 1990 in erster Linie als den Tag der Deutschen Einheit wahrzunehmen. Aber die Wiedervereinigung an diesem Tage bedeutete sehr viel mehr.

Mit Zustimmung der früheren Siegermächte des 2. Weltkrieges erhielt Deutschland, d.h. die neue, größere Bundesrepublik, an diesem Tage die völlige und uneingeschränkte Souveränität zurück, ein höchst bemerkenswerter Umstand, wenn man sich vor Augen führt, dass es nach dem Ende des 2. Weltkrieges ja nie einen Friedensvertrag zwischen den Alliierten und dem besiegten Deutschland gegeben hatte.

Bei Licht besehen endete der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit somit also erst am 3. Oktober 1990.

Und noch ein weiteres ganz wichtiges Faktum brachte der 3. Oktober 1990.

Mit der Wiedervereinigung erhielt die neue Bundesrepublik eine ganz andere und neue Stellung in der Staatengemeinschaft der Welt.

Sie stand jetzt und für die Zukunft in jeder Beziehung „auf Augenhöhe“ mit den bisherigen Führungsnationen, ihr Wort bekam ein viel größeres Gewicht als es das der alten Bundesrepublik und der DDR je gehabt hatte.

Daraus erwuchs aber auch automatisch die Pflicht zur Bereitschaft, in Belangen der internationalen Staatengemeinschaft eine größere Mitverantwortung zu tragen und in diesem Zusammenhang unter anderem auch an der Beilegung von Konflikten aktiv mitzuwirken.

Meine Damen und Herren, wenn sich heute deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen befinden, dann ist auch das letztlich bei genauerem Hinsehen - sicher nicht ausschließlich, aber auch - eine Konsequenz des 3. Oktober 1990, des Tages der deutschen Wiedervereinigung. Das sollten wir nicht vergessen !

Die Frage, ob uns das gefällt oder nicht, meine Damen und Herren, ist dabei eine ganz andere Sache und steht auf einem ganz anderen Blatt.

Aber kehren wir zurück zum eigentlichen Thema. Die deutsche Wiedervereinigung war am 3. Oktober 1990 nach Staatsrecht und Vertrag hergestellt. Damit war es aber beileibe nicht getan !

Die Wiedervereinigung musste auch ganz praktisch in die Tat umgesetzt, mit Leben erfüllt und im täglichen Leben erarbeitet werden. Es galt, die Folgen von 40 Jahren deutscher Teilung zu beseitigen und die Hindernisse zu überwinden, die daraus erwachsen waren.

In den neuen Bundesländern mussten für die Menschen die gleichen Lebensbedingungen geschaffen werden wie es sie in den westlichen Bundesländern gab. Die neuen Bundesländer durften in allen Bereichen und auch in ihrem landschaftlichen Erscheinungsbild nicht Bundesländer 2. Klasse, die Städte und Kommunen nicht Kommunen 2. Klasse werden bzw. bleiben.

Deshalb war jetzt unverzüglich der gewaltige „Aufbau Ost“ oder „Umbau Ost“ in Angriff zu nehmen, und das geschah.

Von Beginn an waren die finanziellen und materiellen Anstrengungen und Leistungen immens und auch an personellem Aufwand und persönlicher Tatkraft, neudeutsch gern „manpower“ genannt, gab es gewiss nicht den geringsten Mangel.

Aber, meine Damen und Herren, es gab kein einziges Lehrbuch, nach dem man hätte vorgehen oder an dem man sich hätte orientieren können. Und es gab keinen praktischen Taschen-Leitfaden, etwa unter dem aufmunternden Titel „Wiedervereinigung - leicht gemacht“, der unkompliziert den kürzesten und erfolgreichsten Weg dahin beschrieben hätte.

Oft genug waren Improvisation, Flexibilität, Einfallsreichtum und Talent zur vergleichsweise unkonventionellen Organisation gefragt. Und dennoch verlief trotz besten Willens und engagierten Einsatzes in manchen Bereichen längst nicht alles so, wie man sich das anfangs vorgestellt oder gewünscht hatte.

Neben die unstreitig zahllosen Erfolge traten nach und nach geradezu zwangsläufig auch Fehler, es wurden überdies auch Schwierigkeiten und Probleme offenbar, mit denen man nicht gerechnet oder die man in der großen Euphorie der Jahre 1989 und 1990 entweder unterschätzt oder nicht gesehen hatte, vielleicht auch mitunter sogar nicht unbedingt einmal hatte sehen wollen.

Die später vielzitierten „blühenden Landschaften“ etwa, deren rasche Entstehung Bundeskanzler Helmut Kohl 1990 öffentlich prognostiziert hatte, wollten sich längst nicht so wie gewünscht einstellen, und auch die Finanzierungsfragen bereiteten im Laufe der Zeit allen Verantwortlichen und zahlungsverpflichteten Beteiligten wesentlich mehr Kopfzerbrechen als frühere günstige Prognosen hatten glauben machen wollen.

Dennoch, meine Damen und Herren: Jeder, der die neuen Bundesländer und die dortigen Strukturen vor 20 Jahren durch unmittelbares und eigenes Erleben – vielleicht sogar durch aktives und engagiertes Mitwirken bei der Aufbauarbeit - kennen gelernt hat und sie im Vergleich zu damals auch heute kennt, wird ohne Einschränkungen bestätigen können, dass der „Aufbau Ost“ zu einer wirklich bemerkenswerten Erfolgsgeschichte geworden ist, zu einer Erfolgsgeschichte, zu der – und das hebe ich an dieser Stelle ganz bewusst besonders hervor – auch die Städte und Gemeinden im Westen ganz entscheidend beigetragen haben.

Und gerade, weil das so ist, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir diese Anmerkung, muss man heute die berechtigten Sorgen eben dieser Städte und Gemeinden um ihre teilweise bereits dramatische finanzielle Situation und die dadurch stark gefährdete Erhaltung ihrer Handlungsfähigkeit sehr Ernst nehmen. Zur Not müssen gegebenenfalls die bisherigen Finanzierungsmodalitäten und -modelle für die Deutsche Einheit auf den Prüfstand gestellt und nötigenfalls geändert werden.

Meine Damen und Herren! Der „Aufbau Ost“ war eine Sache, eine andere Sache und Verpflichtung war es, dabei die Menschen in den neuen Bundesländern gleichsam von Beginn an mitzunehmen auf die neuen Wege und sie als respektierte Partner mitverantwortlich einzubinden in das Geschehen und in den ebenfalls erforderlichen gesellschaftlich-politischen Umbau.

Das Ende der DDR bedeutete für jeden Menschen dort zugleich einen Bruch in seinem eigenen Leben, egal ob er dem alten System nun zustimmend, neutral oder innerlich ablehnend gegenübergestanden hatte.

Jeder musste, ob er wollte oder nicht, geradezu zwangsläufig sein Leben neu ausrichten und seine weitere Lebensplanung auf eine neue Basis stellen. Meine Damen und Herren, es steht wohl außer Frage, dass diese Herausforderung, gepaart sicherlich auch mit der Sorge um die berufliche Zukunft, nicht leicht war.

Vor diesem Hintergrund wird es ein Stück weit verständlich, allmählichen Abklingen der frühen Wiedervereinigungs-Euphorie in den ersten Jahren des „Aufbaus Ost“ der gegenseitige Umgang der Menschen in Ost und West miteinander zunehmend distanzierter wurde.

Sprach nicht sogar gegenseitige persönliche Geringschätzung aus der Tatsache, dass Begriffe wie „Ossi“ und „Wessi“ entstanden und rasch in Umlauf kamen ? – von den späteren bedenklichen Steigerungen „Jammerossi“ und „Besserwessi“ einmal ganz zu schweigen.

Die Menschen im Osten hatten angesichts ihrer damaligen Lebenssituation zwangsläufig ihre Schwierigkeiten mit dem dynamisch-ungestümen, mitunter wohl auch rücksichtslos wirkenden Vorpreschen und Handeln oder den Vorstellungen ihrer westdeutschen Zeitgenossen in vielen Bereichen. Die Menschen im Westen stimmten dagegen ihrerseits immer wieder Klagen an über zögerliches oder rückwärtsorientiertes Verhalten und Denken ihrer ostdeutschen Zeitgenossen.

Aber nach dem Abklingen der vielen Aufgeregtheiten in den ersten Wiedervereinigungs-Jahre stellte sich in späterer Zeit auch in diesen zwischenmenschlichen Bereichen nach und nach glücklicherweise wieder deutlich mehr Offenheit, Gelassenheit und Vertrautheit im Umgang miteinander ein.

Meine Damen und Herren ! Dass die Menschen in den neuen Bundesländern den vorhin angesprochenen existenziellen Wandel auch für sich

persönlich bewältigt haben, verdient unser aller Respekt und Anerkennung !

Aber, so ist man geneigt zu fragen, was ist denn nun mit der bis heute gern und oft zitierten „Mauer in den Köpfen“ der Menschen ? Gibt es die denn nicht immer noch ?

Meine Damen und Herren, der Begriff von der „Mauer in den Köpfen“ ist ein zugegebenermaßen sehr griffiges und bildhaftes Schlagwort. Der Gebrauch erweckt gerade deshalb auch nur zu leicht den Eindruck, als sähe man auf breiter Basis die Wiedervereinigung und die Deutsche Einheit bis heute kritisch oder stelle sie sogar nachhaltig in Frage.

Tatsächlich ist das aber keineswegs der Fall: Die Zustimmung zur Deutschen Einheit liegt aktuell auf schon lange anhaltend hohem Niveau, im Westen bei 85 %, im Osten gar bei 91 %.

Natürlich darf man nicht verkennen, dass es – die Zahlen spiegeln es ja wider – auch heute noch Menschen gibt, die der DDR nachtrauern oder etwa auch aus entgegengesetzter Richtung fragen, ob die Wiedervereinigung sinnvoll oder richtig war.

Aber, meine Damen und Herren, die Anzahl dieser Menschen auf beiden Seiten ist doch vergleichsweise eher gering, auch wenn gelegentlich versucht wird, uns – aus welchen Gründen auch immer - durch Berichterstattung oder Reportage genau das Gegenteil glaubhaft zu machen.

Und überhaupt, hat es nicht zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften immer auch Menschen gegeben, die Altes oder Vergangenes verklärt haben und am liebsten Altes und Vergangenes zurückgehabt hätten ?

Hinter diesem Phänomen verbarg und verbirgt sich aber – jedenfalls in aller Regel - kein wirklich zielgerichteter Wille, es ist vielmehr ein Spiegel von persönlicher Unsicherheit und Zukunftsangst des Einzelnen, der diese Gedanken hegt.

Meine Damen und Herren, es ist noch nie gelungen, den Lauf der Zeit anzuhalten oder gar die Zeit zurückzudrehen. Neues hat sich letztlich auch gegen Widerstände noch immer Bahn gebrochen. Deshalb ist es an uns, nach besten Kräften diejenigen mitzunehmen, die heute noch zögern und unsicher sind, damit wir sie nicht im Abseits stehen lassen.

Meine Damen und Herren! Wir haben bereits eine sehr lange Strecke, vielleicht sogar ihren längsten Teil, auf dem Wege zur Vollendung der deutschen Einheit zurückgelegt.

Wir sehen dieses Weges heute schon sehr viel näher und schärfer konturiert vor uns liegen als noch vor 10 oder 5 Jahren. Aber wir dürfen uns dadurch nicht täuschen lassen, auch die letzte Etappe kann noch sehr lang werden und viel Kraft und Energie kosten.

Das müssen wir erkennen, darauf müssen wir uns einstellen und dementsprechend müssen wir mit Besonnenheit, klarem Kopf und realistischem Augenmaß handeln !

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.